

# Volke-Zeitung



Morgen-Ausgabe

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Versandagenturen entgegen. — Eilbestellung nur bei den Postämtern von Schöneberg.

Halle-Saale  
Dienstag, 7. Oktober 1924

Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenreile 84 mm breit (mit-Grünlinie): 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Spaltenreile, 60 mm breit (mit-Grünlinie): 6 Pfennig. Die 8 Spaltenreile 84 mm breit (mit-Grünlinie) 60 mm breit (mit-Grünlinie): 4 Pfennig. Abdruck nach Vereinbarung.  
Gesellschaftliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfrüher 2924  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Hermann von Otto Ullrich, Halle-Saale

# Frankreichs Antwort auf das deutsche Memorandum

## Kein grundsätzlicher Widerstand Frankreichs

Paris, 6. Oktober.

Die französische Regierung hat dem deutschen Botschafter heute vortragend eine Antwortnote auf das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund überreicht. Die Note ist ein kurzgehaltenes Schriftstück. Es verkündet, daß sie in entgegenkommender Form abgefaßt ist und den von der deutschen Regierung formulierten Wünschen keinen grundsätzlichen Widerstand entgegensetzt, eine endgültige Klärung der Frage jedoch weiteren Verhandlungen mit Beteiligung des Völkerbundes überläßt.

lampf, für seine Personalpolitik und für sein Aufpöppeln des Reichsbanners schwarz-rot-gold das Urteil der Geschichte anzufragen. Dies Urteil wird nicht ausbleiben. Es wird, unbeschämter um das Schwebel für die Rosenbergs, vorzuziehen sein. Der Höhepunkt des Systems ist aber gerade an diesem Abschlagsstage im preussischen Landtag erreicht worden, indem Herr Severing die von der Liga für Menschenrechte protokolliert in Rotterdam angelegte Propagandaabteilung des Franzosen Prof. Wach aus seiner Nachvollkommenheit als Minister des Innern geächtet hat. Deutsche Schmutzblätter, gegen diesen französischen Autor für die Aufrechterhaltung der Kriegsschuld wie eine Stoffarbeit zu schämen und den patriotischen Verbänden droht, sie wie die Kommunisten mit Gummihäutchen zu paaren zu treiben. Darüber wird morgen noch zu sprechen sein. Seine genügt die Befriedigung, daß es nicht denkbar ist, daß die Deutsche Volkspartei als preussische Koalitionspartei die Befreiung des Systems Severing auch nur noch kurze Zeit länger erträgt.

## Gegen eine Ausnahmebehandlung Deutschlands

Paris, 6. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)

Zu der französischen Antwortnote auf das deutsche Völkerbunds-Memorandum werden der Wahlsamstag nachstehende folgende offizielle Angaben gemacht:

Wie glauben wir wissen, daß Frankreich und auch die anderen Verbündeten die Zustimmung geben, daß sie sich nicht ablehnen, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt und daß sie angesichts der Bedeutung, die dem Eintritt Deutschlands beigemessen ist, nichts gegen die Einräumung eines häßlichen Stills in Völkerbundsrat einzusetzen haben. Sie betonen jedoch erneut, daß Deutschland weder eine Vorzugs- noch eine Ausnahmebehandlung ausstehen werden kann und daß die Aufnahme Deutschlands in den Bund nach den allgemein gültigen Vorschriften, die der Welt vorschreiben, zu erfolgen hat, wie von allen Mitgliedstaaten der aufrichtigste Wille zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen verlangt wird.

## Direktionsstellung zu Deutschlands Völkerbunds-Eintritt

Königsberg, 6. Oktober.

(Durchfunktsprache.)

Der Ostpreussische Heimatschutz Ausschuss der Heimatschutz Bewegung Marienburg, der ostpreussische Heimatschutz Ausschuss

riefsten an den Reichsminister eine Eingabe, in der es heißt: „Die Bevölkerung der ostpreussischen Provinz ist einmütig und will es bleiben. Sie will die germanischen deutschen Geistes zurückzuführen und für ihre Wiedererweckung alles einsehen. Wir Ostpreußen im besonderen können niemals auf Soldat, wie auf das Völkchen verzichten, und ebenso ist die Beteiligung des politischen Fortschritts für uns ein Lebensbedürfnis aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen. Wir erhoffen und erwarten von der Reichsregierung, daß, falls sie sich zu dem Eintritt in den Völkerbund entschließen sollte, sie eine Form findet, Ostpreußens Hoffnungen und berechtigten Forderungen zu berücksichtigen.“

## „Im Interesse des Völkerbundes“

Paris, 6. Oktober.

Der polnische Außenminister Stojanowski hat einen Vertreter des „Temps“ eine Unterredung geführt. Auf die Frage, was er von der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund halte, gab er zur Antwort: „Ich glaube, daß diese Aufnahme im Interesse des Völkerbundes selbst und im Interesse des Friedens der Welt liegt. Deutschland kann sich den Verpflichtungen der Völkerbund weniger entziehen, wenn es Mitglied des Völkerbundes ist, als wenn es beiseite steht. Außerdem kommt es darauf an, obwohl in dieser Beziehung nicht ganz klar, die gemäßigten deutschen Elemente, die sich mit der gegenwärtigen Situation abfinden, zu unterstützen. Selbstverständlich darf Deutschland nur auf dem Fuße der Gleichheit mit den anderen Mitgliedern, d. h. ohne irgendein besonderes Privileg (1) aufgenommen werden.“

# Severing verteidigt sein System

## Der Innenminister vor dem Preussischen Landtag

Berlin, 6. Oktober.

Die heutige Sitzung des Landtages wurde um 12 Uhr 15 Min. eröffnet. Zunächst hielt die zweite Beratung der Resolution zum Stempelsteuergesetz auf der Tagesordnung. Der Reichsstaatsrat hat an dem Regierungsentwurf eine Anzahl von Änderungen vorgenommen, auch einige Korrekturen (siehe eine weitere Stempelsteuerebeneinrichtungen vorgezogen). Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Das Gesetz geht dann die Beratung des Staats- und Innenministeriums.

Sodann bei Beginn der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums des Innern eröffnet

Minister Severing  
das Wort zu einer großen Rede, in der er feststellte, daß in Preußen gegenüber dem Vorjahre eine gewisse Verbessung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung eingetreten sei. Es gehöre zur heiligen Pflicht des Ministeriums die Unterhaltung der Geheimorganisations, die verbunden, den politischen Widerstand in einem aktiven zu behandeln, und als es gelang, die Gefahrenquelle zu verstopfen, brach im Westen der Regiererkampf aus, der von den Kommunisten zu politischen Zwecken ausgenutzt wurde. Schließlich verurteilte die Kommission durch die Erklärung einer Arbeiter- und Bauernregierung gegen den Staat anzukämpfen. Der Minister erinnerte an andere blutige Verbrechen und den Hülfsruf in München. Wenn Preußen damals zur Aufrechterhaltung des Reiches beigetragen hat, kann es mit den Verhältnissen bei der Staatsverwaltung nicht so leicht befehle sein, wie die Deutschen oft behaupten. Wir haben im vergangenen Jahre nicht in enger Fühlung mit dem Reich gestanden und sind bei der Führung des Kampfes nicht in den Arm gefallen, wie die Deutschnationalen behaupten. Allerdings haben wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß man einen solchen Kampf nicht mit der Notwendigkeit allein führen kann. Auch das deutsche Streikwesen haben wir gebeten, den Kampf nicht so schnell zu werden, um die Inflation und das Loch im Westen zu verstopfen. Wir waren auch dagegen, als die Theorie auftrat, daß das Gebot sich selbst zu überlassen, denn dann müßte

Preußen das Rheinland auf ewig verloren haben. (Lebhafter Beifall bei der Rede.) Wenn wir jetzt wieder daran gehen, die preussische Verwaltung zu errichten, so ist das ein Erfolg der Verfassung im Landtag. Öffentlich kann in kurzer Zeit die ganze preussische Verwaltung wieder aufgerichtet sein. Der Minister hatte es für seine Pflicht, nicht nur den Beamten, sondern auch der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes seinen Dank für ihr Verhalten auszusprechen. (Lebhafter Beifall.) „Dank der Tapferkeit der Bevölkerung haben auch die Separatisten ihre Herrschaft nicht behaupten können. In der Kürze für die Ausgewiesenen und die nolleibenden Gemeinden werde man nicht nachlassen. Wenn hohngewonnene Interkommunalitäten der Banken, Sparkassen usw. einer Partei angeschlossen werden, so müßte er sich gegen ein solches Verhalten energig verhalten. Was den Fall der ostpreussischen Landesbank anbetrifft, so werde eine angeordnete Untersuchung ergeben, daß an der Spitze der ostpreussischen Landesbank nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein Deutschnationaler stehe. Das Preisabnahmeprogramm der Reichsregierung sei ein Ziel des „Schmeißes der Eiden“ wert. Trotzdem aber jagen die Preise weiter an, vermehre sich die Arbeitslosigkeit, trotzdem müßten Feierlichkeiten eingeleitet und Lohnforderungen vorgenommen werden. Alles, was von der Preispolitik des Ministeriums gehen werden könne, um die Preise niedrig zu halten und die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, werde gesehen. Auf die Preisstillungswellen und die Wucherer-Verordnung könne nicht verzichtet werden.“

## Die Schuld Severings

Berlin, 6. Oktober.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Am preussischen Landtag machte Herr Severing heute den Versuch, sein politisches System in einer groß angelegten Rede zu verteidigen. Man weiß, daß der preussische Innenminister, wie jeder gemäßigter Demagoge es verheißt, sich das als Verdienst herauszufahren, was objektiverweise als Schuld bezeichnet werden muß. Das Wesen zum Schutze der Republik nun besteht, Herr Severing von seiner Kritik aus jeden nationalsozialistischen Stand ganz unentworfentlich angewiesen werden, die von ihm Angehoffen oder nicht mit gleicher Mühe zurückgehen dürfen. So ist es unter der republikanischen Presse freilich nicht möglich, ein wirkliches Stimmungsbild über diese sehr interessante Sitzung des preussischen Landtages zu geben. Herr Severing hat für sein Verhalten im Auf-

## Das Ergebnis des Kabinettsrates

Berlin, 6. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Vorläufer der Verhandlungen über die Regierungserweiterung sich weiter weitgehend verwickelt haben. Am 10. September ist schon die parteiintliche Erklärung der Deutschen Volkspartei vom Sonnabend mittig nicht anders, als die glatte Feststellung, daß die Verhandlungen in der Art, wie der Reichsminister sie ausgeführt hatte, in eine Sackgasse geraten waren. Die Volkspartei wollte ihnen dadurch einen neuen Anstoß geben, daß sie sie wenigstens in der Richtung nach rechts weiter vertrieb. Darüber hat aber nun die „Germania“ so scharf gewettert, daß der erhoffte Fortschritt ausgeschlossen ist. Unter diesen Umständen kommt man auch in der Berliner Abendpresse, wie überhaupt in allen deutschen Kreisen ein harter, Bestimmtes zum Ausdruck, der kaum noch viel Hoffnung läßt, daß die Auffassung des Reichstages und Neuwahlen vermieden werden. Wie wir hören, ist das Ergebnis des heutigen Kabinettsrates, daß das Kabinett die Resolution, die der Reichstag im Vorlesungsausschuss einbrachte, mit dem Bestimmen der Kommission zu stellen, die morgen unentbehrlich zusammenzutreten und dem Kanzler dann ihre Antwort geben dürfen. Damit ist die zweite Phase in den Verhandlungen über die Regierungserweiterung eingeleitet und es wird nun zunächst abzuwarten sein, ob sie mehr oder weniger erfolgreich als die erste. Die Anstalten freilich sind nicht hoffbar.

## Reichsbahn und Dawesplan

Hamburg, 6. Oktober.

Reichsminister Oeder eröffnete am Sonnabend mit einem Vortrag über das Thema „Reichsbahn und Dawesplan“ die Reihe von Vorträgen, die der Reichsminister in Hamburg in diesem Jahre vorlesen, schließlich hält. Sie werden jetzt den Fraktionen gestellt werden, die morgen unentbehrlich zusammenzutreten und dem Kanzler dann ihre Antwort geben dürfen. Damit ist die zweite Phase in den Verhandlungen über die Regierungserweiterung eingeleitet und es wird nun zunächst abzuwarten sein, ob sie mehr oder weniger erfolgreich als die erste. Die Anstalten freilich sind nicht hoffbar.

## Das westfälische Zentrum gegen Schwarz-Rot-Gold

Münster, 4. Oktober.

In einem Teil der Presse spielt eine Entschiedenheit der westfälischen Zentrumspartei zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine große Rolle. Da die Erörterung dieser Schlußnahme voraussichtlich weitgehend dürfte, halten wir es für notwendig, hier den Stand der Entscheidung nach dem „Münsterischen Anzeiger“ zu geben. Die Entschiedenheit lautet:

„Die Zentrumspartei sieht auf dem Boden der Verfassung, die die Republik als Staatsform festgelegt hat. Als traditionelle Verfassungspartei verteidigt sie die Verfassung von Weimar gegen alle ihre Gegner. Aus diesem Grunde hat die Partei der WPP. Sonderorganisationen zum Schutze der Verfassung für einen Anhänger der Zentrumspartei nicht für angeeignet; deshalb kann der Beitritt zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht empfohlen werden. Der angegebene Boden, von dem aus die Verfassung geschützt und die politische Befähigung zu betreiben ist, ist für unsere Parteifreunde die Zentrumspartei. In der eigenen Stellung allen Parteigenossen angelegentlich empfohlen wird. Durch Sonderorganisationen wird die Einigkeit der Partei gesichert und die Einheit der Partei gefestigt.“





Die Vorgeschichte der Firma und des U. S. in Hamburg. In der Vergangenheit der Vorgeschichte der Firma und des U. S. in Hamburg...

Die Danneberg Papierfabrik in Hamburg. Die Danneberg Papierfabrik in Hamburg...

Wichtige Kampferfahrten der Suse-Gesellschaft. Wichtige Kampferfahrten der Suse-Gesellschaft...

Wichtigere. Wichtigere. Wichtigere. Wichtigere...

Wichtigere. Wichtigere. Wichtigere. Wichtigere...

Die Kurze im Induktivmarkt. Die Kurze im Induktivmarkt...

Beispiel. Beispiel. Beispiel. Beispiel...

Berlin, 6. Okt. Berliner Börse vom 6. Oktober 1924. Berlin, 6. Okt. Berliner Börse vom 6. Oktober 1924...

82,25 Br.; Öffnung 80,90 G., 1,04 Fr.; Situat. 40,10 G., 42,15 Br.; Börsen 80,08 G., 81,74 Fr.

Hamburger Nachrichten. Bericht der Hamburger Nachrichten vom 6. Oktober 1924.

Table with 4 columns: I, II, III, and other categories. Rows include various market indicators and prices.

Bericht der Redaktion. Bericht der Redaktion...

Berliner Börse vom 6. Oktober 1924

Main table of stock prices for Berlin, 6. October 1924. Columns include stock names, prices, and other financial data.

Variable Kurse (in Billionen) Prozent

Table of variable rates and percentages for various entities.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in Billionen)

Table of exchange rates for various currencies.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in Billionen)

Table of exchange rates for various currencies (repeated).

Weitere Berliner Kurse.

Table of additional Berlin market rates and prices.